

# Europastimme neu

Die Europastimme war über fast 60 Jahre das Sprachrohr der Europäischen Föderalistischen Bewegung (EFB), der Jungen Europäischen Föderalisten und der EUROPTIMUS-Vereinigung für europapolitische Bildung in Österreich.

Zuerst als Rundbriefe vor 1960 mit Schreibmaschine geschrieben und von Hand abgezogen (heute würde man dies wohl als Newsletter bezeichnen), dann als Zeitschrift.

Die Europastimme der EFB erschien als Zeitschrift von 1960 bis 2018 und wurde dann zum Bedauern vieler Interessierter eingestellt.

Es wurde immer ein möglichst breites Spektrum an Beiträgen zur der europäischen Integration, insbesondere auch der verschiedenen Volksgruppen in Europa, aufgenommen, untersucht, dargestellt, aufgezeigt etc.

Dieses Medium wird nun von der EuropaUnion Vorarlberg und dem Edition Europa Verlag wiederbelebt. Die bisherige Jahrgangszählung wird dabei beibehalten und es soll versucht werden, in die großen Fußstapfen von Max Wratschgo und Christa Hofmeister zu treten, und die Inhalte wie bisher mit dem Schwerpunkt auf die europäische Integration zu setzen.

Diese erste Ausgabe der neuen Europastimme hat ein etwas anderes Layout als die bisherige Europastimme. Das grüne



der Europäischen Föderalisten, welches vom Schwiegersohn von Winston Churchill, Duncan Sandys, entworfen wurde (zuerst in roter Farbe), haben wir etwas abgeändert nun für diese Zeitschrift in Verwendung. Damit führen wir auch hier die Tradition weiter, wie es sich bei den verschiedenen Exemplaren der alten Europastimme zeigt, wo dieses **E** immer ein zentrales Element war. Wie auch früher wollen wir eine Plattform für alle bieten, welche die Europäische Integration zu ihrer Herzensangelegenheit ge-



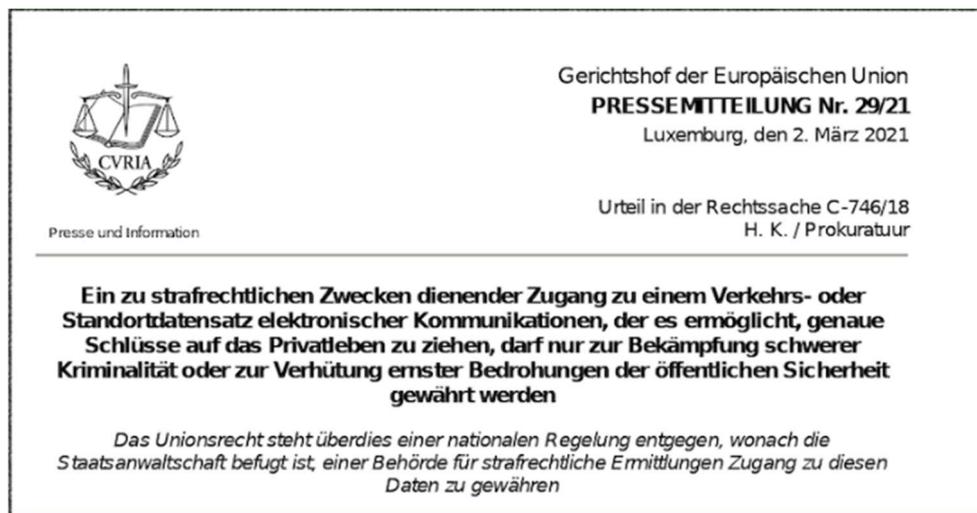
aus: gebundene Sammlung Europastimme 1956 – 1999

macht haben und wir haben als ersten Beitrag den von Karl-Heinz Wanker abgedruckt (Seite 4), der unter anderem auch mit seinem Projekt „Europaschirm“ seit 2008 in über 1000 Veranstaltungen sehr viele tausend Menschen in jeder Altersgruppe erreicht hat und diesen Rede und Antwort gestanden ist. Es ist sehr schade, dass diese Gemeinschaftsinitiative der Wirtschaftskammer Österreich, dem Bundeskanzleramt, dem österreichischen Gemeindebund und der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) so gut wie eingestellt wurde.



Für die Zukunft wünschen wir uns, dass möglichst viele diese Zeitschrift lesen und auch selbst einen Beitrag dazu verfassen und uns allen Ihre Sicht der Europäischen Integration vorstellen und auch ganz kritisch unseren Weg zum Bundesstaat Europäische Union hinterfragen und auch neue Ansätze aufzeigen.  
(Red)

## Aktuelles



Es scheint eine unendliche Geschichte zu sein, eine liberale, offene Gesellschaft zu gewährleisten, ohne gleichzeitig kriminellen Personen und Organisationen zu viel Raum und Freiheiten zu geben. 2006 wurden alle Unionsmitgliedstaaten mit der Richtlinie 2006/24/EG verpflichtet, die Vorratsdatenspeicherungen einzuführen. Dies sorgte umgehend in vielen Unionsmitgliedstaaten zu Beschwerden und Klagen – vor allem aus der Zivilgesellschaft – und bereits 2010 wurde vom deutschen Bundesverfassungsgericht die Vorratsdatenspeicherung als mit dem Grundgesetz nicht vereinbar erkannt. Der EuGH setzte dann 2014 und 2016 eine deutliche Grenze und erkannte, dass eine solche Vorratsdatenspeicherung mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union nicht vereinbar sei. Dennoch wurden wieder solche Bestimmungen auf nationaler Ebene in Kraft gesetzt.

2018 hatte die österreichische Bundesregierung – damals unter der türkis-blauen Koalition – im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft nochmals einen Vorstoß auf europäischer Ebene für diese anlasslosen Überwachungen der Unionsbürger vorgenommen. Daran anschließend die deutsche Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020. Vor allem Frankreich und Deutschland sind es derzeit in der EU, welche diese Vorratsdatenspeicherung als unumgänglich und notwendige Maßnahme zur Verhütung, Ermittlung, Feststellung und Verfolgung von Straftaten ansehen.

Nunmehr erkannte der EuGH 2021 nochmals, dass die anlasslose Vorratsdatenspeicherung durch nationale Bestimmungen nicht mit dem europäi-

schen Recht vereinbar ist.<sup>1</sup> Solche Eingriffe, wie zB das Erfassen und Analysieren von Metadaten, also wer wann mit wem von wo aus kommuniziert, sind solch massive Eingriffe, dass diese nur in Fällen schwerer Kriminalität oder der Bedrohung der nationalen Sicherheit zulässig sind.

Es ist davon auszugehen, dass die Bestrebungen die Vorratsdatenspeicherung einzuführen mit diesen klar gesetzten Grenzen durch den EuGH dennoch nicht beendet sind.

So hat Frankreich bereits angekündigt, die Entscheidung des EuGH vom Oktober 2020<sup>2</sup> unter Berufung auf die „nationale Sicherheit“ vorläufig ignorieren zu wollen. Dies ist eine höchst bedenkliche Entwicklung, denn eine Rechtsgemeinschaft wie die Europäische Union kann nur so lange funktionieren, als sich auch alle Normunterworfenen, und dazu gehören vor allem auch die Politiker in den Regierungen, daran halten und sich der Entscheidung eines Höchstgerichtes fügen. Signale der Missachtung oder Umgehung von höchstgerichtlicher Rechtsprechung führt auch zum Autoritätsverlust dieser Regierungen selbst.

Denn welcher Unionsbürger wird sich an die Gesetze und das Recht halten wollen, wenn ihm von der eigenen Regierung vor Augen geführt wird, dass diese dazu nicht bereit ist?

<sup>1</sup> Quellen: Anwalt aktuell Europa im Überblick Nr. 08/2021 (Deutscher Anwaltverein) und <https://fm4.orf.at/stories/3012490/> vom 3. März 2021.

<sup>2</sup> Urteil La Quadrature du Net u.a. verbundene Rs. [C-511/18](#), [C-512/18](#) und [C-520/18](#).

## Europäisches Parlament – Fraktionen FIDESZ-Austritt aus der EVP-Fraktion

Im Europäischen Parlament (EP) bestehen zehn registrierte und elf nicht registrierte politische Parteien (bzw. Bündnis politischer Parteien) und finden sich darin 95 Abgeordnete ohne Parteizugehörigkeit. Der Größe nach (Anzahl Vertreter im EP) sind die registrierten Parteien: Europäische Volkspartei, Sozialdemokratische Partei Europas, Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, Identität und Demokratie Partei, Europäische Grüne Partei, Europäische Konservative und Reformer, Partei der Europäischen Linken, Europäische Freie Allianz, Europäische Demokratische Partei und die Europäische Christliche Politische Bewegung.

Die Europaabgeordneten wiederum haben sich aktuell in sieben Fraktionen zusammengefunden, die ähnliche politische Ansichten vertreten: Fraktion der Europäischen Volkspartei (175 Mitglieder), Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (145), Renew Europe (Liberale, Zentristen, 98), Fraktion Identität und Demokratie (Rechtspopulisten, Rechtsextreme, 74), Grüne (73), Europäische Konservative und Reformer (Konservative, EU-Skeptiker, 63), Die Linke (39) und Fraktionslose (38).



Bildquelle: [European People's Party](#)

Am 3. März war es wie in Paukenschlag, als bekannt gegeben wurde, dass die ungarische rechtsnationale Regierungspartei FIDESZ die christdemokratische Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europaparlament nach vielen Jahren verlassen werde. Die FIDESZ hatte bislang zwölf Abgeordneten darin vertreten. Grund war die Änderung der EVP-Geschäftsordnung, durch welche eine Suspendierung von FIDESZ theoretisch möglich geworden wäre. Die Änderung der Geschäftsordnung der EVP-Fraktion wurde inzwischen bereits beschlossen. Mit der neuen Geschäftsordnung ist es nun möglich, nicht nur einzelne Abgeordnete, sondern ganze Länderdelegationen auszuschließen.

Die ÖVP-Abgeordneten in der EVP-Fraktion, mit Ausnahme des Vizepräsidenten Othmar Karas stimmten gegen die Reform der Geschäftsordnung.<sup>1</sup> Victor Orban sah diese Änderung als Affront

an. Den freiwilligen Austritt hatte Premier Viktor Orban bereits in einem Brief an EVP-Fraktionschef Manfred Weber angekündigt.<sup>2</sup> Die EVP bleibt auch nach dem Austritt der FIDESZ die größte Fraktion im Europaparlament.

Bereits in der Vergangenheit war immer wieder über eine Suspendierung der FIDESZ diskutiert worden, wegen Orbans Vorgehen in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit, die Pressefreiheit, Justiz und Wissenschaft in Ungarn. Gegen Ungarn läuft auch bereits ein Verfahren nach Artikel 7 EUV.<sup>3</sup> Bereits am 20. März 2019 war die FIDESZ von der Mitgliedschaft in der EVP zeitlich unbeschränkt suspendiert worden.<sup>4</sup>

Orban hat angekündigt, „rechte“ Kräfte um sich zu sammeln und „die europäische demokratische Rechte ohne die EVP aufzubauen“. „Die EVP ist endgültig zu einem Anhängsel der europäischen Linken geworden.“ Diese „neue Rechte“ werde „allen europäischen Bürgern eine Heimat bieten, die keine Migranten haben wollen, keinen Multikulturalismus, die nicht dem LGBT-Wahn<sup>5</sup> verfallen sind, die die christlichen Traditionen schützen, die nationale Souveränität respektieren und ihre Nationen nicht als Teil ihrer Vergangenheit, sondern als Teil ihrer Zukunft betrachten“.<sup>6+7</sup>

Der EVP-Fraktionschef der EVP, Manfred Weber (CSU), kritisiert den Austritt der FIDESZ aus der EVP-Fraktion und sich künftig mit Geert Wilders, Marine Le Pen oder der AfD zusammenzutun.<sup>8</sup>

Ob die FIDESZ wirklich sich z.B zur rechtsnationalen Fraktion EK wendet (in der die polnische PiS vertreten ist), oder zur noch weiter rechts stehenden Gruppe ID mit der deutschen AfD und der italienischen Lega im Parlament, ist noch ungewiss. (Red)

<sup>2</sup> <https://orf.at/stories/3203718/> Berichte: Ungarns FIDESZ verlässt heute EVP, 3. März 2021.

<sup>3</sup> <https://orf.at/stories/3203724/> vom 3. März 2021.

<sup>4</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/evp-fidesz-101.html>.

<sup>5</sup> Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender.

<sup>6</sup> Zitat lt. Facebook-Seite von Victor Orban gemäß ORF vom 4. März 2021 <https://orf.at/stories/3203944>.

<sup>7</sup> Orban: *We will not let our MEPs be silenced or limited in their capacity to represent our voters. Tackling the pandemic and saving lives remains our number one priority. Therefore, following the adoption of new rules in the @EPPGroup, #Fidesz has decided to leave the Group.* [pic.twitter.com/WSx1PmtKQ8](https://pic.twitter.com/WSx1PmtKQ8) — Katalin Novák (@KatalinNovakMP) 3. März 2021

<sup>8</sup> Orf.at vom 7. März 2021 <https://orf.at/stories/3204291>.

Bildquellen: [European People's Party](#) – aus Wikipedia Commons, lizenziert unter [Creative-Commons](#)-Lizenz „[Namensnennung 2.0 generisch](#)“ (US-amerikanisch).

<sup>1</sup> Orf.at vom 4. März 2021 <https://orf.at/stories/3203944>.

## Europa kommunizieren - ein offenes Ohr für die Menschen! Aber wie?

Mag. iur. Karl-Heinz Wanker, MBA MSc

Pandemie – Egoismus - Vertrauensverlust – Europafrust...

... die Schlagwörter könnte man beliebig weiterführen, jeder politisch denkende Mensch – und dies würden sehr viele von sich behaupten – hat zum Thema Europa/EU eine Meinung.

Die wohlmeinenden, abwägenden Stimmen sind systemimmanent schwer wahr zu nehmen. Die lauten undifferenzierten „Schreier“, Demagogen, Bedenkenräger und Besserwisser halten vor allem in den social media Kanälen eine vermeintlich absolute Mehrheit und generieren sich als „Stimme des Volkes“.

Der Spruch „So viel Meinung bei so wenig Wissen!“ bewahrheitet sich leider immer wieder.

Es ist daher notwendig auf allen Kanälen Standpunkte zu vertreten, wachsam zu sein und mit wissensbasierter Meinung mutig Haltung zu zeigen!

Eine mögliche Methode, um Standpunkte zu diskutieren, EU-Haltung zu zeigen und Europa ein Gesicht zu geben, ist die „Aktion Europaschirm - Wir bringen Europa in die Gemeinde“ der Wirtschaftskammer Österreich.

Ziel ist es, den direkten Kontakt zu den Menschen zu knüpfen, zu informieren und über EU - Themen zu reden. Wir unterstützen die Europa-GemeinderätInnen in ihrer Arbeit. So tragen wir dazu bei, die Skepsis der BürgerInnen der Europäischen Union durch Sachdiskussion zu verringern, Vertrauen aufzubauen und dem EU-Bashing weniger Chance zu geben.

Bei Gemeindeveranstaltungen wird der Europaschirm – z.B. auf Einladung eines EU - Gemeinderates - aufgebaut. Dort können sich interessierte BürgerInnen Informationen zur EU

anhand von Broschüren und Foldern holen bzw. in direkten Kontakt mit EU - Experten treten.

Die Aktion EUROPASCHIRM ist eine Gemeinschaftsinitiative von Wirtschaftskammer Österreich, Bundeskanzleramt, dem österreichischen Gemeindebund und der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) und ist seit 2019 online auf fb <https://www.facebook.com/europaschirm/>

Initiator (Juni 2008) und Hauptverantwortlicher war bis September 2020 Karl-Heinz Wanker (Träger des Mérité Européen), dessen Ziel es ist:

Europa für die Menschen in ihrem Umfeld erfahrbar machen!

Europa ein Gesicht geben!

Europa mit positiver Emotion behaften, weil einen Vertrag kann man nicht lieben!

### Agieren wir dementsprechend und verlassen unsere Wohlfühlzone!

Zum Autor: **Mag. iur. Karl-Heinz Wanker, MBA MSc**, ist aus seiner langjährigen Tätigkeit in der EU - Abteilung der Wirtschaftskammer Österreich und im Team Europe der EU – Kommission vor allem durch

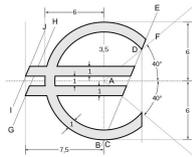
sein Engagement für ein vereintes Europa uns allen gut bekannt. Er ist nun seit einigen Monaten Referent im Fachverband der Pensionskassen der WKÖ. Als diplomierter Mediator, eingetragen in der MediatorInnenliste im Bundesministerium für Justiz und als Comediator, eingetragen in der FLAG-Liste im Bundesministerium für Frauen, Familie und Jugend ist er auch ein ausgewiesener Experte in vielen (ehe- und familienrechtlichen) Fachbereichen.



## Von der „Schuldenunion“ zur Fiskalunion - ein weiterer Schritt in der europäischen Integration?

Anton Schäfer

Bis vor Kurzem war es noch unvorstellbar für einige Politiker in den Unionsmitgliedstaaten und auch auf europäischer Ebene, dass die Europäische Union (EU) Schulden für die Unionsmitgliedstaaten eingeht.



Ursache für diese nunmehrige „Schuldenunion“ sind die COVID-19-Maßnahmen in den Unionsmitgliedstaaten 2020 und 2021 mit den vielen negativen Auswirkungen auf die

Wirtschaft und das nunmehr erforderliche größte europäische Konjunkturpaket, welches je vereinbart wurde und dabei vor allem der Corona-Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ mit alleine 750 Milliarden Euro. Zusätzlich wurde ein Rekord-Finanzrahmen von über 1 Billion Euro für den EU-Haushalt verabschiedet.

Es ist damit das erste Mal in der Geschichte der EU, dass sich die Mitgliedstaaten gemeinsam verschulden. Olaf Scholz, deutscher Bundesfinanzminister, spricht bereits davon, dass dies „*der Weg in die Fiskalunion*“ sei, ein „*guter Weg in Europas Zukunft*“. „*Denn eine starke Europäische Union ist das, was wir brauchen, um auch gegen die gegenwärtige Krise anzugehen*“.<sup>1</sup>

Eine vollständige europäische Fiskalunion würde eine gemeinsame Fiskalpolitik mit gemeinsamen Institutionen betreiben, um so zum Beispiel regionale und konjunkturelle Schwankungen in der EU bzw. den Unionsmitgliedstaaten auszugleichen. Dieser Weg zur Bildung einer Fiskalunion wurde auch bereits am 9. Dezember 2011 erstmals beschritten, als die Euro-Länder und acht weitere Unionsmitgliedstaaten beschlossen, die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) zu einer Fiskalunion auszubauen, die unter anderem eine Schuldenbremse sowie automatische Sanktionen für „Haushaltssünder“ vorsieht.<sup>2</sup>

Bisher wurde in diesem Zusammenhang nur der Europäische Fiskalpakt umgesetzt, welcher eine Verschuldungsobergrenze von max. 60 % und max. 3 % jährliches Haushaltsdefizit in Relation zum BIP

vorsieht, sowie die Möglichkeit der finanziellen Sanktionierbarkeit bei Nichteinhaltung des Pakts.

Rechtliche Grundlage für diese Maßnahmen der nunmehrigen „Schuldenunion“ ist Artikel 122 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäische Union (AEUV) bzgl. einem finanziellen Beistand der EU gegenüber anderen notleidenden Unionsmitgliedstaaten.

Im Gegensatz zu den sogenannten „Eurobond“ (auch: „EU-Anleihe“, mit solidarischer Haftung) ist bei dieser nun gewählten Form der gemeinsamen Finanzierung vorgesehen, dass jedes Land nur mit seinem Anteil am Wiederaufbaufonds haftet.<sup>3</sup> Am 12. Februar 2021 wurde der Fonds gegründet<sup>4</sup> und wird von der Europäischen Kommission verwaltet. Die Rückzahlung der Schulden wird langfristig über den EU-Haushalt erfolgen.<sup>5</sup> Dazu müssen die Einnahmen der EU (Eigenmittel) auf mehr Standbeine gestellt werden, was der Rat der Europäischen Union am 14. Dezember 2020 mit dem Eigenmittel-Beschluss ermöglichte und der nunmehr in den Unionsmitgliedstaaten ratifiziert werden muss.<sup>6</sup> Neben die bisherigen Eigenmittel, wie zB Zölle, Zuckerabgabe, Beiträge der Unionsmitgliedstaaten, sollen nun eigene „europäische“ Steuern kommen. Seit 2021 gibt es schon die „europäische“ Steuer auf nicht wiederverwertbare Kunststoffabfälle („Plastiksteuer“), 2023 eine Digitalsteuer und eine CO<sub>2</sub>-Grenzsteuer. Ab 2024 unter Umständen auch eine „europäische“ Finanztransaktionssteuer.

Auch jetzt noch spaltet die Frage über diesen Schritt zu einer Fiskalunion, ja bereits über die „Schuldenunion“ bzw. die zukünftigen EU-Finanzierung die Parteien in den Unionsmitgliedstaaten und es wird spannend sein mitzuerleben, wie sehr dieser Schritt den „*Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas*“ beeinflussen wird.<sup>7</sup>

<sup>1</sup> Olaf Scholz anlässlich der Debatte im deutschen Bundestag zum „Eigenmittel-Ratifizierungsgesetz (19/26821), 212. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 25. Februar 2021.

<sup>2</sup> Erklärung der Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets ([https://web.archive.org/web/20111210062425/http://consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/126678.pdf](https://web.archive.org/web/20111210062425/http://consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/126678.pdf)).

<sup>3</sup> Christoph Prantner, Berlin: *«Mercron»-Plan: Kaum Kritik an EU-Wiederaufbaufonds*. In: *Neue Zürcher Zeitung*.

<sup>4</sup> Badische Zeitung (15.02.2021): *Corona-Aufbaufonds ist startklar - Wirtschaft - Badische Zeitung*.

<sup>5</sup> Kredite an die Unionsmitgliedstaaten aus dem Fonds müssen diese selbst zurückzahlen, verlorene Zuschüsse an Unionsmitgliedstaaten aus dem Fonds werden aus dem EU-Haushalt bis längstens 2058 zurückbezahlt.

<sup>6</sup> Dieser Beschluss soll an die Stelle des Beschlusses des Rates 2014/335/EU, Euratom vom 26. Mai 2014 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union treten.

<sup>7</sup> Präambel des Vertrags über die Europäische Union.

## Vereinsnachrichten

Auf diesen Seiten sollen in Zukunft Nachrichten aus den Vereinen unserer Organisation und von Schwesterorganisationen erscheinen.

### EuropaUnion Vorarlberg

Die EuropaUnion Vorarlberg (kurz: EU-V, auch: Europa-Union Vorarlberg) ist ein unabhängiger Verein und Teil der Europäischen Föderalistischen Bewegung Österreichs (EFB) und dadurch der Union Europäischer Föderalisten (UEF). Die EuropaUnion Vorarlberg versteht sich als überparteiliche, überkonfessionelle und unabhängige politische Nichtregierungsorganisation für ein föderalistisches Europa. Die Jugendorganisation der EuropaUnion Vorarlberg sind die Junge Europäische Föderalisten (JEF) Vorarlberg.

Die EuropaUnion Vorarlberg ist ehrenamtlich organisiert. Sie ist lokal im Bundesland Vorarlberg aktiv und vereint Vertreter aller gesellschaftlichen Gruppen. Die EU-V tritt für eine europäische Integration auf allen Stufen der Zivilgesellschaft ein. Langfristiges Ziel ist die Schaffung eines Bundesstaats Europa bzw. der Vereinigten Staaten von Europa. Das politische Programm der Europäischen Föderalisten wurde 2006 überarbeitet und anlässlich der Bundesvorstandssitzung am 11. November 2006 im Bildungshaus St. Magdalena/Linz beschlossen. Das politische Programm der EuropaUnion Vorarlberg stimmt mit dem politischen Programm der Europäischen Föderalistischen Bewegung Österreich überein.<sup>1</sup>

Die Europa Union Vorarlberg steht in der Tradition der Bewegung für ein vereinigtes Europa. Das Ziel ist ein vereintes, friedliches und nachbarschaftliches Europa, welches in den kulturellen und sozialen Wurzeln der europäischen Völker die Grundlage findet und in einem föderalistischen

Aufbau die Vereinigten Staaten von Europa verwirklichen lässt.

Die EuropaUnion Vorarlberg wurde 1971 von Dr. Grete Rhomberg und interessierten Vordenkern in Dornbirn, Vorarlberg, gegründet. Kurz- und mittelfristiges Ziel war den Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft vorzubereiten und zu ermöglichen. Langfristiges Ziel war und ist es, die vertiefte Integration und die Vorteile eines gemeinsamen Europas den Unionsbürgern näher zu bringen.

Von 1971 bis 2003 war Dr. Grete Rhomberg Obfrau der EuropaUnion Vorarlberg, von 2003 bis 2006 Rudi Fischer (ehemals Stadtrat in Dornbirn und Ehrenpräsident) und seit 2006 ist Obmann RA Dr. Anton Schäfer. Schatzmeister war und ist seit Jahrzehnten Erich de Gaspari aus Dornbirn, Schriftführerin Ing. Erna Fliri.

Die Satzung des Vereins EuropaUnion Vorarlberg<sup>2</sup> regelt das organisatorische Wirken der Vereinsmitglieder, den Ein- und den Austritt von Personen sowie die Möglichkeiten der Veränderung des Vereins.



Anschrift: Forachstraße 74, 6850 Dornbirn

<sup>1</sup> [http://europaunion.org/EuropaUnion/Grundsatzpr-neu\\_07.pdf](http://europaunion.org/EuropaUnion/Grundsatzpr-neu_07.pdf).

<sup>2</sup> <http://europaunion.org/satzung.html> Satzung.

## Europa-Wikipedia

In diesem Europa-Wikipedia sollen mit wenigen Sätzen Begriffe erklärt werden. Vorbild ist für dieses Europa-Wikipedia die freie gemeinnützige Internet-Enzyklopädie Wikipedia, welche es seit dem 15. Jänner 2001 gibt und heuer 20 Jahre alt geworden ist.

## Ratspräsidentschaft 2021

Der Vorsitz im Rat der Europäischen Union (auch kurz: Ratspräsidentschaft genannt), wechselt gemäß Art. 16 Abs. 9 des EU-Vertrags nach sechs Monaten in einem gleichberechtigten Turnus zwischen den Unionsmitgliedstaaten.

Nachdem die Ratspräsidentschaft von Kroatien und Deutschland 2020 durch die COVID-19-Krise an der

Unionsbevölkerung relativ spurlos vorbeigegangen ist, sind auch die Hoffnungen für das erste Halbjahr 2021, der Ratspräsidentschaft von Portugal, wohl auch nicht besonders hoch anzusetzen.

Unter Umständen hat Slowenien im zweiten Halbjahr 2021 mehr Glück und die COVID-19-Krise ist bis dahin beendet.

## Kulturhauptstadt Europas



Quelle: Guillaume Speurt, Wikipedia, Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 2.0 generisch“

Kulturhauptstadt Europas (von 1985 bis 1999 Kulturstadt Europas) kann grundsätzlich jede Stadt im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder von EU-Beitrittskandidatenländern werden.

Aufgrund der COVID-19-Krise blieben die Kulturhauptstädte 2020, Rijeka (Kroatien) und Galway (Irland), auch 2021 Kulturhauptstädte Europas. Eigentlich hätten ab dem 1. Januar 2021 Timișoara (Rumänien), Elefsina (Griechenland) und Novi Sad (Serbien) diesen Titel getragen (siehe: BESCHLUSS Nr. 445/2014/EU DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 16. April 2014 und <https://ec.europa.eu/culture/policies/culture-cities-and-regions/european-capitals-culture>).

## Europäisches Jahr der Schiene

Seit 1983 werden durch die Europäische Union sogenannte Europäische Jahre benannt. In diesen werden jeweils ein sozio-kulturelles Thema als besonders wichtig herausgestellt. Dies hat zur Folge, dass während eines solchen Europäischen Jahres, auf europäischer und nationaler, teilweise auch regionaler, Ebene, eine themenbezogene Öffentlichkeitsarbeit stattfindet, welche vor allem die Bevölkerung auf das herausgehobene Thema aufmerksam machen soll. Für themenbezogene Projekte stellt die Europäische Kommission auch Fördergelder zur Verfügung.

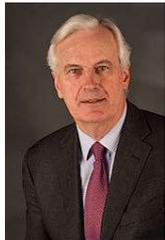


Die Themen werden von der EU mehrere Jahre im Voraus ausgewählt und sollen eine breite inhaltliche Vielfalt behandeln.

2016, 2017, 2019 und 2020 wurden keine spezifischen Themen für ein Europäisches Jahr benannt. 2021 ist das Europäische Jahr der Schiene. Dies steht im Zusammenhang mit dem Gedanken an Klimaschutz und Nachhaltigkeit (siehe: <https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/eu-affairs/20210107STO95106>).

## Zu guter Letzt

### BREXIT – doch ein Abschied



Bildquelle: Wikipedia by Foto-AG Gymnasium Melle, Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 nicht portiert“ lizenziert.

Der Brexit-Unterhändler, Michel Barnier, nahm seinen Abschied. Nach mehr als vier Jahren hat er sich vom Team der „Brexit-Unterhändler“ der Europäischen Union verabschiedet:

*“More than 4 years of hard work. 2 incredible teams. Mission accomplished: ensure orderly Brexit, defend EU, new relations w/ GB. Each and every person was outstanding. Thank you from the bottom of my heart! Today is the 1st day of the rest of our lives. Many challenges ahead!”<sup>1</sup>*

Michel Barnier war die schwere und für viele von uns auch traurige Aufgabe übertragen, als Chef-

unterhändler die Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich über den Austritt aus der Europäischen Union zu führen.

Es waren scheinbar unendlichen Runden, in denen der EU-Austrittsvertrag vereinbart wurde, der 2019 in Kraft trat. Zu Weihnachten 2020 folgte der Handelspakt mit Großbritannien. Dieser gilt seit 1. Jänner 2021 vorläufig. Für die weitere Umsetzung der Austrittsverträge ist der Vizepräsident der Kommission, Maros Sefcovic, nun zuständig.

Obwohl Michel Barnier am 9. Januar 2021 den 70. Geburtstag feierte, überlegt er sich eine aktive Rückkehr in die französische Politik. Er prüfe eine Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl in Frankreich 2022 für die Mitte-rechts-Partei „Les Républicains“. Von 2004 bis 2005 war er bereits Außenminister in Frankreich.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> [pic.twitter.com/1RG4u4X6Fd](https://twitter.com/1RG4u4X6Fd) – Michel Barnier (@MichelBarnier) 1. März 2021

<sup>2</sup> <https://orf.at/stories/3203436/> Brexit-Unterhändler Barnier nimmt Abschied, Webseite: orf.at vom 1. März 2021.

**Blattlinie:** Die Europastimme ist eine proeuropäische politische – parteipolitisch unabhängige – Zeitung, die sich kritisch mit der Entwicklung in Europa, der Europäischen Union zu einem Europäischen Bundesstaat sowie mit den nationalen und regionalen Entwicklungen und Strömungen innerhalb Europas und der Europäischen Union auseinandersetzt.

**Zitiervorschlag:** Europastimme, Jahrgang, Nummer, Seite.

**Impressum, Offenlegung und Kennzeichnung:**

Die Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist eine Fortführung der Zeitung der Europäischen Föderalistischen Bewegung, Jungen Europäischen Föderalisten und EUOPTIMUS-Vereinigung für europäische Bildung, die 2018 eingestellt wurde, wobei lediglich der Name weitergeführt wird und die grundsätzliche europapolitische Ausrichtung. Ab dem 60. Jahrgang ist die Europastimme auch Vereinszeitung der EuropaUnion Vorarlberg.

Eigentümer, Verleger und Herausgeber der Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist der Edition Europa Verlag, Mag. Dr. Anton Schäfer LL.M. Chefredakteur: Mag. Dr. Anton Schäfer LL.M. Sitz des Verlages und der Redaktion sowie der EuropaUnion Vorarlberg: Forachstraße 74 in 6850 Dornbirn. E-Mail des Verlages: [office@Edition.eu.com](mailto:office@Edition.eu.com). E-Mail-Redaktion: [office@Europastimme.eu](mailto:office@Europastimme.eu). E-Mail EuropaUnion Vorarlberg: [office@EuropaUnion.org](mailto:office@EuropaUnion.org). Hergestellt und gedruckt in 6850 Dornbirn, Forachstraße 74.

Erscheint mindestens 4-mal jährlich als Print- und Online-Ausgabe. Webadresse der Online-Ausgabe: <http://Europastimme.eu>. Einzelheftpreis inkl. USt: 1,60 Euro. Jahresabonnement inkl. Versand im Inland und USt: 15,00. Preisänderung auch unterjährig vorbehalten. Abonnementabbestellungen sind jeweils zum Jahresende möglich, wenn diese bis spätestens 30.11. schriftlich beim Verlag eingehen. Preise für das Abonnement und den Versand außerhalb Österreichs auf Anfrage. Erscheinungsort: 6850 Dornbirn. Verlagspostamt: 6850 Dornbirn. Bei zugesendeten Manuskripten behält sich der Verlag bzw. die Redaktion die Kürzung entsprechend des vorhandenen Platzes vor. Der urheberrechtliche Schutz richtet sich gemäß den gesetzlichen Bestimmungen in Europa. Alle Rechte bleiben grundsätzlich vorbehalten. Jeder Teil dieser Zeitschrift darf, soweit die urheberrechtlichen Rechte beim Verlag oder der Redaktion oder beim Herausgeber liegen, unter der Lizenz Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“ (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>) verwendet werden. Bitte beachten Sie: Jede Angabe in dieser Zeitschrift – in Print oder online – erfolgt ohne Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit etc. Dies gilt für eigene Beiträge als auch für zitierte Beiträge. Eine Haftung des Herausgebers, des Verlages, der Redaktion oder der Autoren wird daher gänzlich ausgeschlossen.

Bei allen personenbezogenen Angaben gilt die gewählte Form für alle Geschlechter.

ISSN: 0014-2727

P.b.b.